



das Beiboot



Nr. 15

Newsletter für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein

7. Juli 2014

Editorial

Das "Beiboot" ist der regelmäßige Newsletter für Migration und Flüchtlingssolidarität des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Kurzfristiger als das Magazin "Der Schlepper" und gebündelter als die Mailingliste [flucht-sh] wird über das Flüchtlingsleben im Bundesland und darüber hinaus relevante politische und rechtliche Entwicklungen informiert.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen.

Die Beiboot-Redaktion

Johanna Boettcher, Andrea Dallek, Martin Link, Frauke Werner, Mandy Zeidler

Schleswig-Holstein

BB-15-1 **Asylverfahren vor Gericht**

Die Verhandlungen über (abgelehnte) Asylanträge beim Verwaltungsgericht Schleswig sind öffentlich. Für Beratungsstellen, Freundeskreise, aber auch für Flüchtlinge selbst ist es sinnvoll, sich einmal anzusehen, wie sich solche Verhandlungen abspielen. Damit ist die Vorbereitung einfacher und auch die Aufregung vor der eigenen Verhandlung lässt sich ein wenig eindämmen.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-1-Anlage.pdf>

Deutschland

BB-15-2 **Welche Ansprüche haben UnionsbürgerInnen in Deutschland?**

Im Vorfeld des Gesetzentwurfs des Bundes, Missbrauchsfälle bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu bekämpfen, hat der Mediendienst Integration in einem Informationspapier Rechte und Pflichten von EU-BürgerInnen zusammengefasst. Demnach haben zuwandernde UnionsbürgerInnen in den ersten drei Monaten keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Erwerbstätige behalten ihre Ansprüche im Fall einer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbstätige sind prinzipiell von jeglicher Sozialhilfeleistung ausgeschlossen.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-2-Anlage.pdf>

BB-15-3 **Einheitliche Sprachprüfung für Ärzte/Ärztinnen**

Die Gesundheitsminister der Länder haben auf ihrer 87. Gesundheitsministerkonferenz in Hamburg am 26.6. und 27.06.2014 ein einheitliches Überprüfungsverfahren der Sprachkenntnisse für Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/Zahnärztinnen, Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen und Apotheker/Apothekerinnen beschlossen. Die Länder sind für Überprüfungen der Sprachkenntnisse und Erteilung einer Approbation zuständig.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-3-Anlage.pdf>

BB-15-4 **Deutsche Botschaft Türkei: Visum für SyrerInnen nur mit nachgewiesener Polio-Impfung**

Anbei ein Merkblatt unter anderem von der Deutschen Botschaft in Ankara. Demnach können aufgrund von Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Personen, die sich kürzlich in Syrien aufgehalten haben, nur nach Nachweis einer aktuellen Schutzimpfung für Kinderlähmung (Polio) nach Deutschland einreisen.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-4-Anlage.pdf>

BB-15-5 **Petition „Uranmunition ächten“**

Diese Petition fordert die Bundesregierung auf, den Einsatz von Uranwaffen einzustellen und eine weltweite Ächtung von Uranmunition voranzutreiben, die auch Jahre nach Kriegsende zu schweren Gesundheitsschädigungen führen kann. Die Petition kann online unterzeichnet werden.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-5-Anlage.pdf>

Online: www.openpetition.de/petition/online/uranmunition-aechten

BB-15-6 **Bundespräsident Gauck: „Tun wir wirklich genug?“**

Diese Frage stellte der Bundespräsident auf dem Flüchtlingsschutzsymposium in Berlin am 30.6.2014. Wenn „wir das uns Mögliche nicht tun“, so Gauck „versagen wir nicht nur vor unserem Nächsten, wir verlieren die Neigung zu uns selbst, wir verlieren unsere Selbstachtung“.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-6-Anlage.pdf>

Recht und Gesetz

BB-15-7 **Verwaltungsgericht Lüneburg ignoriert aktuelle Gewaltexzesse im Irak**

Während die "ISIS"-Kämpfer schon auf dem Weg in die Provinz Niniveh sind und am Wegesrand "Ungläubige" und andere "Feinde" per Kopfschuss hinrichten, hat das Verwaltungsgericht Lüneburg keine Bedenken, das Anliegen des yezidischen Klägers abzuweisen. Ungeachtet der aktuellen Lage verweist das Verwaltungsgericht auf Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg aus den Jahren 2012 und 2013.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-7-Anlage.pdf>

BB-15-8 **Wiedereinreise nur strafbar bei zuvor befristetem Einreiseverbot**

Zutreffend weist das Amtsgericht Bersenbrück darauf hin, dass eine Wiedereinreise entgegen einem Einreiseverbot nach § 95 Abs. 2 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz (nur noch) dann strafbar sein kann, wenn zuvor das Einreiseverbot befristet wird. Ebenfalls zutreffend sind die weiteren Ausführungen des Amtsgerichts, dass es unerheblich ist, ob die Wiedereinreise später als 5 Jahre nach Abschiebung erfolgt ist oder schon früher. Achtung: Die meisten Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte werden wohl anders verfahren und Betroffene werden gegebenenfalls kriminalisiert.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-8-Anlage.pdf>

BB-15-9 **Bundesverwaltungsgericht: Kein neues Asylverfahren bei ausländischer Flüchtlingsanerkennung**

AusländerInnen, die in einem anderen Staat bereits als Flüchtlinge anerkannt worden sind, können in Deutschland nicht erneut Flüchtlingsschutz oder den Status subsidiär Schutzberechtigter beanspruchen. Ein erneuter Asylantrag ist unzulässig. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden (BVerwG 10 C 7.13 - Urteil vom 17.6.2014).

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-9-Anlage.pdf>

BB-15-10 **Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Stellungnahme zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**

Das Bundesarbeitsministerium hat am 4.6.2014 einen Gesetzentwurf zur Änderung des AsylbLG vorgelegt. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kritisiert in seiner Stellungnahme die kleinherzigen Änderungsvorschläge und fordert weiterhin die Abschaffung des AsylbLG.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-10-Anlage.pdf>

BB-15-11 **Drei Schritte vor und zwei zurück**

Das Rechtsgutachten zu unions-, verfassungs- und völkerrechtlichen Rechtsfragen der geplanten Reform der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsgesetz von Prof. Dr. Andreas Zimmermann von der Universität Potsdam kommt zu dem Schluss, dass die neue Optionspflicht gegen Europa- und Verfassungsrecht verstößt.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-11-Anlage.pdf>

Europa

BB-15-12 **Drittstaatsangehörige mit Aufenthalt in anderen EU-Staaten**

Wenn Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Staat ein Aufenthaltsrecht besitzen und nach Deutschland übersiedeln wollen, um hier eine Beschäftigung aufzunehmen, stellt sich die Frage, mit welchem Aufenthaltstitel dies möglich ist und wie die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt aussehen. Claudius Voigt von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) Münster hat hierzu eine Arbeitshilfe erstellt, in der die unterschiedlichen Aspekte zusammen gefasst sind.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-12-Anlage.pdf>

BB-15-13 **Flüchtlinge in der Ukraine**

Der Deutsch-Russische Austausch e.V. weist in seinem aktuellen Newsletter vom Juni 2014 darauf hin, dass nach Angaben der Vereinten Nationen bereits rund ca. 100.000 Menschen in der Ostukraine vom zumindest zeitweiligen Verlust ihrer Heimat und Bleibe betroffen sind.

Mehr: <http://www.austausch.org/newsletter.html#artikel2>

Einen aktuellen Bericht der Vereinten Nationen (Stand: 15.6.2014) über die Menschenrechtssituation in der Ukraine finden Sie hier.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-13-Anlage.pdf>

Material

BB-15-14 **Time to act - Dublin muss weg!**

Die Gruppe "Welcome to Europe" wendet sich gegen Abschiebungen in EU-Mitgliedstaaten, über die Flüchtlinge einreisen. Zur Information von Betroffenen zu der Regelung und Handlungsmöglichkeiten wurde ein handlicher Flyer in Deutsch und Englisch erstellt.

Mehr: Deutsch: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-14a-Anlage.pdf>

Englisch: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-14b-Anlage.pdf>

BB-15-15 **Wissen ist Schutz! Was Sie wissen sollten, um in Deutschland erfolgreich zu arbeiten**

Eine aktuelle Online-Broschüre des DGB-Projekts "Faire Mobilität" (<http://www.faire-mobilitaet.de/>) informiert über erste Schritte bei der Arbeitsaufnahme sowie Arbeitsrechte in Deutschland. Auch wenn er für EU-BürgerInnen konzipiert ist, lässt sich einiges davon auch für die Beratungsarbeit bei Flüchtlingen verwenden.

Mehr: <http://www.faire-mobilitaet.de/informationen/broschueren/++co++e1464dfc-4888-11e3-939b-00188b4dc422>

BB-15-16 **Warum eigentlich Kirchenasyl?**

Da die Zahl der Kirchenasyle in Deutschland weiter ansteigt, beschäftigt sich die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. in nachfolgenden Veröffentlichungen mit Fragen rund um das Kirchenasyl.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-16a-Anlage.pdf>

Checkliste zum Kirchenasyl: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-16b-Anlage.pdf>

Veranstaltungen

BB-15-17 **„Flüchtlingssolidarischer Stammtisch“ des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e. V.**

Der Stammtisch findet regelmäßig am letzten Dienstag des Monats statt. Das nächste Treffen ist am 29.7.2014 ab 18 Uhr in der Sportgaststätte des TuS Gaarden (Röntgenstr. 5, Kiel-Gaarden), ab 19 Uhr ist der rege Austausch zum aktuellen Thema geplant: "Gleichwertigkeit oder Dequalifizierung? - Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen". Input von Gregor Freytag, *access*, Koordination IQ Netzwerk Schleswig-Holstein.

Um Anmeldung wird gebeten: projekt@frsh.de

Dieser und weitere Termine: www.frsh.de/aktuell/termine

BB-15-18 **Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche wird 20**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche lädt vom 5.-7.9.2014 zur Tagung anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens ein.

Anmeldung und Informationen: www.kirchenasyl.de, E-mail: info@kirchenasyl.de

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-18a-Anlage.pdf>

Und: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-18b-Anlage.pdf>

BB-15-19 **Globalisierung und Gerechtigkeit – welche Rolle spielt die Europäische Union?**

Zu einer Studienreise nach Brüssel zum Thema Flucht und Migration vom 9.-13.11.2014 laden der Kirchliche Entwicklungsdienst der Nordkirche in Kooperation mit dem Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit ein. Die EU beeinflusst mit ihren Regeln, Richtlinien und Verordnungen Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Mehr: <http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB15/BB-15-19-Anlage.pdf>

Impressum

Das Beiboot Nr. 15 – 7.7.2014

Der Newsletter für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein – Das Beiboot – wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. und ist ein Online-Newsletter.

Redaktion: Johanna Boettcher, Andrea Dallek, Martin Link (V.i.S.d.P.), Frauke Werner, Mandy Zeidler
Redaktionsadresse: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. - Oldenburger Str. 25 – 24143 Kiel

Telefon: 0431 735000, Fax: 0431 736077

Email: beiboot@frsh.de

Das Beiboot online: www.frsh.de/publikationen/beiboot

Hinweis: Für das Abo vom Beiboot eintragen/ austragen über

www.frsh.de/publikationen/beiboot

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wird u.a. gefördert durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein:

